

# Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.  
Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Beitragliche Nebenblätter: Landtagsbeilage, Synodalbeilage, Rechnungsblätter der Verwaltung der R. S. Staatsschulden und der R. S. Land- und Landeskulturrentenamt-Verwaltung, Übersicht der Einnahmen und Ausgaben der Landes-Brandversicherungsanstalt, Übersichten des R. S. Statistischen Landesamts über Ein- und Rückzahlungen bei den Sparkassen, Grundständige Entscheidungen des R. S. Landesversicherungsamts, Verzeichnisse von Holzplätzen auf den R. S. Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 42.

Freitag, 21. Februar

1913.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf.  
Erscheint: Werktags nachmittags. — Fernsprecher: Expedition Nr. 1295, Redaktion Nr. 4874.

Ankündigungen: Die 1spaltige Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungssteile 30 Pf., die 2spaltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Zeile 75 Pf., unter dem Redaktionsdruck (Eingehandt) 150 Pf. Freiermächtig auf Geschäftsangelegen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

## Der Bundesrat hielt gestern eine Sitzung ab.

Palcarés gestern im französischen Parlament verlesener Gotisch wurde von allen Parteien mit Ausnahme der Sozialisten sehr beifällig aufgenommen.

Telegraph wurde zum Posthalter in St. Petersburg ernannt.

Auch der letzte Landungsversuch der Türken soll nach neueren Meldungen mißglückt sein.

Montenegro besteht auf dem Besitze Skutaris.

Die Großmächte haben ihre Vermittlung zur friedlichen Lösung des rumänisch-bulgarischen Streifens angeboten. Die Vermittlung soll von beiden Staaten bereits angenommen sein.

Durch einen Brand im Stadtviertel Kanda in Tokio wurden über 3300 Gebäude zerstört. Die Zahl der Obdachlosen wird auf 15 000 geschätzt.

## Amtlicher Teil.

### Ministerium des Königl. Hauses.

Se. Majestät der König haben dem Hofschreibermeister Karl Paul Richter in Dresden das Prädikat „Hofschreiber Seiner Majestät des Königs“ Allernachst zu verliehen geruht.

## Nichtamtlicher Teil.

### Vom Königl. Hofe.

Dresden, 21. Februar. Se. Majestät der König nahmen vormittags militärische Meldungen sowie die Vorträge der Herren Staatsminister und des Kabinettssekretärs entgegen.

Nachmittags ¼ 4 Uhr besichtigte Allerhöchstderselbe die Fabrik der Aktiengesellschaft für Glasindustrie, vorm. Friedr. Siemens, auf der Freiburger Straße.

Dresden, 21. Februar. Unter den Augen Sr. Majestät des Königs und in Gegenwart aller unmittelbaren Vorgesetzten stellte Sr. Königl. Hoheit der Kronprinz am Donnerstag, den 20. d. M., die ersten von ihm ausgebildeten Rekruten, diejenigen der Leibkompanie des Leibregiments, vor. Das Ergebnis der Arbeit Sr. Königl. Hoheit fand die ungeteilte Anerkennung der Vorgesetzten und die Allerhöchste Zufriedenheit Sr. Majestät.

Die Besichtigung der Rekruten Sr. Königl. Hoheit im Gelände findet am Montag, den 24. d. M., auf dem Heller statt.

Dresden, 21. Februar. Se. Königl. Hoheit der Prinz Johann Georg nahm heute vormittags 11 Uhr an einer Sitzung des Landesausschusses vom Roten Kreuz teil.

## Deutsches Reich.

### Vom Kaiserlichen Hofe.

Berlin, 20. Februar. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Ihre Majestät die Kaiserin wird mit Ihrer Königl. Hoheit der Prinzessin Viktoria Luise demnächst zu einem Besuch bei Ihrer Königl. Hoheiten dem Herzog und der Herzogin von Cumberland in Omunden eintreffen. Der Herzog und die Herzogin von Cumberland werden im Laufe des Monats März dem Kaiserpaar einen Besuch in Potsdam abstaten.

### Bundesratsbeschlüsse.

Berlin, 20. Februar. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend die Ausführung des § 8 des Versicherungsgesetzes für Angestellte, dem zuständigen Ausschuss überwiesen. Dem Entwurf von Bestimmungen betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf Steinkohlenbergwerken in Preußen, Bayern, Sachsen und Elsaß-Lothringen sowie dem Entwurf einer Bestimmung über die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Bleifarben und anderen Bleierzergnissen wurde zugestimmt.

\* Die in Berlin am 20. Februar angegebene Nr. 12 des Reichs-Wechselsblattes enthält das Gesetz vom 13. Februar 1913, betreffend vorübergehende Vorkriegssteuerung bei der Fleischsteuer.

## Reichstag.

Sitzung vom 20. Februar.

Am Bundesratsitzung: Staatssekretäre Kraetke, Kühn. Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Die Pariser Konvention zum Schutze des gewerblichen Eigentums wurde mit dem Gesetzentwurf zur Ausführung der genannten Konvention in dritter Lesung ohne wesentliche Debatte angenommen.

In erster und zweiter Beratung wurde darauf der Gesetzentwurf über die Verlegung der deutsch-österreichischen Grenze bei Hammer-Unterwesenthal — Weipert nach einigen Worten des Abg. Dr. Krensch (Sp.) genehmigt. Es handelt sich um einen Gebietsaustausch, der die Erbauung einer Papierfabrik erleichtern soll.

Darauf wurde die Einzelberatung des Etats für die Reichspost- und Telegraphenverwaltung fortgesetzt und zunächst die namentliche Abstimmung über die zur Ostmarkenvorlage vorliegenden Anträge vorgenommen.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung des Budgets für den Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung mit 210 000 R. statt 1 100 000 R. mit 213 gegen 142 Stimmen. Wegen ihm stimmten die Polen, das Zentrum und die Sozialdemokraten; ein Mitglied enthielt sich der Abstimmung.

Der Antrag der Parteien der Rechten (Deutsch-Konservative, Reichspartei, Wirtschaftliche Vereinigung), „außerordentliche ungewöhnliche Zulagen in Höhe von 2 Mill. R. für die in der Provinz Posen und in den gemischtsprachigen Kreisen der Provinz Westpreußen und in Elsaß-Lothringen angestellten mittleren Kanzlei- und Unterbeamten“ zu bewilligen, wurde in namentlicher Abstimmung mit 209 gegen 148 Stimmen abgelehnt.

Der Titel des Etats, 1 100 000 R. als außerordentliche ungewöhnliche Zulagen für die in der Provinz Westpreußen angestellten mittleren, Kanzlei- und Unterbeamten zu gewähren, wurde ebenfalls in namentlicher Abstimmung mit 211 gegen 141 Stimmen gestrichen.

Darauf fuhr das Haus in der Beratung des Postetats fort.

Abg. Hofmann (nl.) wünschte eine liberalere Praxis bei der Auslegung der Bestimmungen über die Beiträge in die Betriebskassen und die Erweiterung der Möglichkeit, auch die Familienmitglieder einzubeziehen.

Zum Titel „Beihilfen an bedürftige Pensionäre, sowie an deren Hinterbliebenen“ lag eine Resolution der Deutsch-Konservativen vor, die Voraussetzungen und die Bemessung der aus dem Fonds für Pensionäre zu gewährenden Unterstützungen sowie das Verfahren zur Feststellung der persönlichen Verhältnisse durch allgemeine Grundzüge zu regeln und diese Grundzüge dem Reichstage noch im Laufe der gegenwärtigen Tagung mitzuteilen, sowie im laufenden Jahre die erforderlichen Überschreitungen der betreffenden Fonds einzutreten zu lassen und im nächsten Jahre die Fonds angemessen zu erhöhen.

Abg. Graf Westarp (kon.): Wir beantragen, die Resolution an die Budgetkommission zu überweisen.

Abg. Erzberger (Z.) schloß sich diesem Antrage an.

Nach Zustimmungserklärungen der Abg. Wed. Heibelberg (nl.) und Kopsch (fortsch. Sp.) wurde die Resolution der Budgetkommission überwiesen.

Bei dem Titel „Ausgaben für die Anschaffung von Apparaten und technische Betriebsvorrichtungen“ hielt

Abg. Werner-Hersfeld (Nesp.) es für richtig, daß der Staatssekretär diese Fragen berücksichtigen soll.

Zum Titel „Arbeiten zum Bau und zur Unterhaltung der Telegraphenlinien, sowie Unterstützungen an Arbeiter, ehemalige Arbeiter und deren Hinterbliebenen“ waren einige Resolutionen eingebracht.

Abg. Hofmann (nl.): Die Arbeiter verlangen eine Regelung des Lohnes auf Grund des ortsüblichen Tagelohns am Orte der Oberpostdirektion. Die Forderung der Arbeiter kann bei ihrer geringfügigkeit der Staatssekretär ohne weiteres berücksichtigen.

Abg. Hübner (fortsch. Sp.): Die Forderungen der Telegraphenarbeiter müssen bewilligt werden.

Abg. Behrend (wirtsch. Bgg.): Die eigenartigen Verhältnisse der Telegraphenarbeiter erfordern, daß die Kosten der ärztlichen Untersuchungen auf die Postkasse übernommen werden. Das ist ein billiger Wunsch.

Staatssekretär Kraetke: Wenn ich alle hier geäußerten Wünsche für die Telegraphenarbeiter zusammenfasse, dann lauten sie darauf hinaus, daß man nicht mehr Arbeiter, sondern Beamte haben will. Sie wollen ihnen Uniform geben. Sie wollen die ärztliche Untersuchung durch die Post bezahlen lassen. Sie wollen allen ein festes Verhältnis verschaffen. (Große Heiterkeit.) Wer die Lage dieser Arbeiter verfolgt, muß sehen, daß dauernde Verbesserungen eingetreten sind. 96 Proz. aller dieser Arbeiter sind das ganze Jahr hindurch beschäftigt. Auch für die übrigen sorgen wir soweit wie möglich. Daß die Löhne dauernd aufgebessert sind, ergibt sich aus der Statistik. Was die ärztliche Untersuchung betrifft, so können wir nicht davon abgehen, die Leute nur dann untersuchen zu lassen, wenn es sich darum handelt, sie anzustellen. Nun wollen die Arbeiter außer dem Lohn auch noch eine Dienstleistung; diese Wünsche gehen aber zu weit. Es wäre gut, wenn die Abgeordneten, ehe sie eine Resolution einreichen, sich mit meinen Herren in Verbindung setzen. Es wäre auch angebracht, wenn den Deputierten, die Wünsche überbringen, gesagt würde, sie möchten sich zuerst an die Verwaltung wenden. Sie würden dann finden, daß ich doch nicht ein so unsozialer Mensch bin, wie man mich hinstellt. Ich hoffe, daß Sie mir diese offene Ansprache nicht ablehnen, sie geschah nur im Interesse der Arbeiter.

Abg. Müller (nl.): Ich gebe zu, daß ich die Lage der hier in Frage kommenden Arbeiter gebessert hat. Aber es sind doch

noch viele Ungleichheiten vorhanden. Man sollte bei der Übernahme von Arbeitern in die Beamtenchaft möglichst wenig eingezogen sein.

Abg. Zubeit (soz.): Die Ausführungen des Staatssekretärs haben wiederum gezeigt, daß er tatsächlich für die Not seiner unteren Beamten und Arbeiter nicht das geringste Verständnis hat. Er meint, er habe sich schon gebessert. Die allgemeine Ansicht dürfte aber sein, daß er sich nie bessern wird. (Heiterkeit.) Aus den Statistiken, die uns aus einem Teile der großen Ortschaften des Reiches vorliegen, ist zu ersehen, daß die Löhne sehr häufig hinter den ortsüblichen Tagelöhnen zurückbleiben, so daß die Arbeiter geradezu Not leiden müssen.

Staatssekretär Kraetke: In der Lohnklasse bis 3 R. sind nur 19 Proz. aller Arbeiter enthalten. Löhne von 2,50 R. und 3 R. kommen also sehr selten vor. Die Aufwendungen für die Löhne sind dauernd gestiegen. Ich glaube, daß auch in den Betrieben der Sozialdemokratie nicht mehr Lohn gezahlt wird.

Abg. Behrend (wirtsch. Bgg.): Umsonst wollen die Telegraphenarbeiter die Dienstleistung nicht haben. Der Wunsch nach einer Arbeitsleistung ist nicht unberechtigt. Einen einheitlichen Lohn wünschen die Leute nicht, sondern daß die Löhne sich nach den Ortslöhnen richten sollen. (Beifall.)

Abg. Kopsch (soz.): Ich bestreite dem Staatssekretär das Recht, die in sozialdemokratischen Betrieben gezahlten Löhne mit den niedrigen Löhnen in Vergleich zu stellen, welche die Post- und Telegraphenarbeiter beziehen. Lohnsteigerungen sind ja gewiß vorgenommen worden. Die statistischen Summen aber, die der Staatssekretär als Lohnverbesserungen ansieht, verteilen sich auf laufende von Arbeitern, und es kommen vielleicht 2 oder 3 Pf. für die Stunde auf den Mann; sie sind kaum ein Ausgleich für die gesteigerten Kosten der Lebenshaltung. Das Kaiserwort, daß die Staatsbetriebe Musteranstalten sein sollen, ist nicht eingelöst. Es ist kein würdiger Zustand, daß sich zahlreiche Unterbeamte erst jahrelang mit ihren Familien durchkämpfen müssen, ehe sie zu einem einigermaßen erträglichen Einkommen gelangen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Cerret (kon.): Der Wunsch des Staatssekretärs ist vielleicht nicht ganz unangenehm, daß wir darauf verzichten möchten, Wünsche und Petitionen ohne weiteres zu den unsren zu machen und ohne und vorher genügend unterrichtet zu haben. Wir haben für die Post- und Telegraphenarbeiter das selbe warme Herz, wie die übrigen Parteien, aber an dem Wettkampf der Parteien beteiligen wir uns nicht. Die sozialdemokratischen Betriebe sind keineswegs Musterbetriebe.

Darauf wurden sämtliche zu dem Titel vorliegenden Resolutionen angenommen.

Bei dem Titel „Zuschuß zu den Kleiderkassen“ vertrat

Abg. Gersch (Z.) erneut die Wünsche der Kleiderhandwerker. Ferner kritisierte er die bei der Postverwaltung bestehenden Bestimmungen über die Lieferung der Kleider.

Abg. Barisch (fortsch. Sp.): Es ist wünschenswert, daß die Bedingungen in möglichst kleinen Losen erfolgen, sobald sich auch der einzelne mit Erfolg bemühen kann.

Der Titel wurde mit der Resolution angenommen, ebenso der Rest des Ordinariums.

Bei den einmaligen Ausgaben wünschte bei dem Titel „große unterirdische Fernsprechanlagen (Fernabelllinien nach dem Westen)“

Abg. Haberand (soz.) bessere Fernsprechanlagen mit dem Westen. Der Titel im Betrage von 6 Mill. R. wurde bewilligt, ebenso der Rest des Extraordinariums.

Auch die Entnahmen wurden genehmigt.

Eine Resolution der Budgetkommission auf bessere Beförderungsmöglichkeit in der Aspirantenklasse und bei den Unterbeamten wurde angenommen.

Damit war der Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung erledigt.

Der Etat für die Reichsdruckerei wurde dann ohne Debatte genehmigt.

Es folgte der Etat für das Reichseisenbahnamt.

Abg. Hagen (soz.): Das Reichseisenbahnamt müßte mehr Initiative entwickeln. In dessen wird die Unzulänglichkeit mit dem preussisch-hessischen Betrage immer größer. Wir wollen die Arbeiter organisieren, nicht um die Disziplin zu lockern, sondern um die Arbeitsverhältnisse zu bessern. Die überlange Arbeitszeit muß notwendig die Betriebsicherheit gefährden.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Weiterberatung; vorher kurze Anfragen.

Schluß ¼ 7 Uhr.

## Koloniales.

### Dr. Solf über seine afrikanische Verkehspolitik.

Auf einem kolonialen Vortragsabend gab der Staatssekretär des Reichskolonialamtes eine programmatische Erklärung ab, in der es nach der „Tägl. Rundschau“ u. a. heißt: Der Überblick zeigt, daß Afrika noch in den Anfängen des Verkehrsweijens steht, daß noch unendlich viel zu bauen ist. Das gilt für die anderen Nationen, das gilt auch für uns. Der Nordwesten sowohl wie der Süden Afrikas entbehren noch der Bahn, in Togo hat sie den Weg bis zur Nordgrenze noch nicht einmal zu einem Drittel zurückgelegt; in Kamerun ist so gut wie alles zu tun; selbst das schon reichlich bedachte Südwestafrika wird nicht lange stillstehen dürfen. Die Kolonialverwaltung hält es für eine ihrer vornehmsten Aufgaben, für eine weitere Ausgestaltung des Bahnnetzes einzutreten. Mit der Präzision der Pläne und Vorschläge sind die Gouverneure gegenwärtig beschäftigt. Unsere Technik ist den großen künftigen Aufgaben, auch